



UMSCHAU MIT UNS KÖNNEN SIE RECHNEN

Umschau | MDR FERNSEHEN | 15.07.2008 | 20:15 Uhr

Brandschutzexperte kritisiert Sanierungsplan für Mercure

Am 1. Juli berichtete das MDR-Magazin Umschau über den fehlenden Brandschutz im Hotel Mercure. Dabei beruft sich die Redaktion auf ein Gutachten des Brandschutzexperten Thomas Albrecht-Tiedemann. Als Reaktion darauf beauftragen die Stadt Chemnitz und der Eigentümer der Hotels Mercure nach Angaben der Stadt je einen Gutachter, um die Vorwürfe zu überprüfen. "Die Gutachter bestätigen die durch den MDR-Gutachter testierten Brandschutzmängel", so eine Sprecherin der Stadt.

Obwohl alle Gutachter dieselben Mängel feststellten, ordnete die Stadt keine Schließung des Hotels an. Stattdessen erteilte sie für den Weiterbetrieb des Hotels Auflagen. Unter anderem die Nachrüstung der fehlenden Brandschutzeinrichtungen bis zum Jahresende. Bis zur Erledigung dieser Arbeiten sollen zusätzliche Feuerlöscher und eine Brandwache die Sicherheit gewährleisten. Für den Brandschutzgutachter Albrecht-Tiedemann ist diese Reaktion der Stadt nicht nachvollziehbar und falsch. Deshalb schrieb er einen Offenen Brief an die Bürgermeisterin Petra Wessler und die Chemnitzer Stadträte. Nach Auffassung von Albrecht-Tiedemann reichen Brandwache und zusätzliche Feuerlöscher nicht aus, um die Gefahr, die vom fehlenden Brandschutz ausgeht, auszugleichen. "Wenn zudem die Sanierung bei laufendem Hotelbetrieb erlaubt wird, setzt man die Hotelgäste nicht nur der Gefahr aus, die vom fehlenden Brandschutz ausgeht, sondern zudem noch einer viel höheren Wahrscheinlichkeit, dass ein Feuer ausbrechen kann", so Albrecht-Tiedemann. Die kann entstehen, wenn bei der Sanierung Schweißarbeiten erledigt werden müssen oder Bauarbeiter anderweitig mit offenem Feuer umgehen. "Wenn die Stadt so etwas zulässt, muss die Fachaufsicht eingreifen", so der Brandschutzexperte Albrecht Tiedemann. Deshalb richtete er den Offenen Brief auch als Fachaufsichtsbeschwerde an das Regierungspräsidium Chemnitz. Ein Sprecher erklärte daraufhin, dass das Regierungspräsidium die Einschätzung der Gefahr durch die Stadt Chemnitz derzeit mittrage und die eingeleiteten Maßnahmen für angemessen halte.